

# ZUR SACHE

Adrian Wüthrich,  
Sachbearbeiter  
Verkehrspolitik  
SEV; Foto: zvg



## Gute Entscheide für den öV

Mit der Verabschiedung der Leistungsvereinbarung Bund-SBB, des 9. KTU-Rahmenkredits und der Ablehnung der Motion gegen die Erhöhung der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) hat der Ständerat positive Entscheide für den öV getroffen. Müssen wir als öV-Freunde/-innen jetzt danke sagen?

Sicher nicht. Etwas anderes als Zustimmung zu den beiden Vorlagen und Ablehnung der Motion konnte der Ständerat nicht machen, es wäre eine Abkehr von der bewährten Verkehrspolitik der Schweiz gewesen. Und diese wurde vom Volk mehrmals bestätigt.

Mit der Leistungsvereinbarung Bund-SBB und dem dazugehörigen Finanzrahmen von 5,88 Milliarden Franken sind der Betrieb der «S-Bahn-Schweiz» und der Infrastrukturunterhalt für die nächsten vier Jahre gesichert. Die Leistungen haben erheblich zugenommen, ohne dass nun mehr Geld fliesst. Die SBB sagt, das Geld reiche. Wir sind gespannt, ob das Geld auch reicht, um die Arbeit des Personals gehörig abzugelten. Als schweizerische Service-public-Unternehmung ist die SBB eine Vorzeige-Unternehmung. Sie soll es auch in Zukunft bleiben, und dafür braucht sie einfach genügend Geld. Das Parlament ist aufgefordert, den Zahlungsrahmen in den nächsten vier Jahren nicht zu verändern (wie es in den letzten vier Jahren zweimal vorgekommen ist).

arbeit+verkehr

27.6.06

Mit dem 9. KTU-Rahmenkredit erhalten die KTU die dringend benötigten Mittel, damit sie ihre Infrastruktur in Stand halten können. Die Politiker/-innen dürfen sich in schönen Reden nicht rühmen, wie die Schweiz in allen Landesteilen einen tollen öV hat, ohne einzusehen, dass dieser auch etwas kostet. Die Bahnstrecken in den Hügel- und Bergregionen sind mit ihren Brücken und Tunnels eben teuer. Der Ständerat hat deshalb richtig entschieden, wenn er den Kredit von 600 auf 800 Millionen Franken erhöht hat. Knapp hat der Ständerat einen Passus abgelehnt, der Finanzbeiträge an Bahnstrecken verhindert hätte, die längerfristig stillzulegen sind. Es gibt jedoch keine Liste von Bahnstrecken, die man stilllegen möchte. Dieser Passus hätte der Willkür der Verwaltung Tür und Tor geöffnet. Jetzt ist schon klar: Auch in vier Jahren werden die KTU wieder dringend Geld benötigen.

Mit einer Motion wollte der ASTAG-Chef die Erhöhung der LSVA um drei Jahre hinausschieben. Dem FinöV-Fonds wären so etwa 300 Millionen Franken entgangen, und die Verlagerungswirkung der LSVA hätte sich nicht voll entfalten können. Der SEV hat intensiv lobbyiert, umso zufriedener sind wir über die Ablehnung.

«Eisenbahn ist etwas Lebendiges», wurde in der Debatte treffend gesagt. Es lohnt sich, ständig dafür zu kämpfen! Nun gehts im Nationalrat weiter.